

Dr. Manuela Schmidt

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Haushalt, Finanzen und Bezirke

DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin • Niederkirchnerstr. 5 • 10111 Berlin

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

Bezirksstadtrat Christian Gräff

27.10.2014

**Offener Brief zum Schreiben der CDU Biesdorf
„Grundschule Habichtshorst kommt“**

Sehr geehrter Herr Gräff,

Sie haben in einem Anwohner-Brief Anfang Oktober gefeiert, dass „die Grundschule Habichtshorst kommt“. Das ist wirklich ein Grund zur Freude, denn die Planungen hatten im Jahr 2010 begonnen und die Schule soll im Sommer 2018 übergeben werden. Leider nutzen Sie diese Mitteilung aber zu polemischen Anmerkungen: „Trotz der fehlenden Unterstützung der Linksfraktion sowie der Grünen, die dem Bau nicht zugestimmt haben, ist es gelungen, eine Mehrheit des Ausschusses von der Notwendigkeit des Baus zu überzeugen.“

Das ist gleich mehrfach falsch. Vielleicht wissen Sie es nicht besser, denn Sie waren bei der Beratung im Hauptausschuss – anders als ich – nicht anwesend. Deswegen nochmal zur Klarstellung: Bei der Beratung und Beschlussfassung ging es gar nicht darum, dem „Bau zuzustimmen“ oder von der „Notwendigkeit überzeugt“ zu sein. Die Notwendigkeit der Schule hat niemand in Frage gestellt, ich habe mich ausdrücklich für den Schulneubau ausgesprochen.

Nein, Gegenstand der Beratungen war die Vorlage, die der Bezirk eingereicht hatte, um die Kostensteigerungen für die Schule (von 12,3 Millionen, die im Haushaltsplan 2014/2015 stehen, auf 17,4 Millionen jetzt) genehmigt zu bekommen. Und diese Vorlage war eine Zumutung. Anders als das Gesetz es verlangt, wurden die Kostensteigerungen nicht begründet. Der Kollege Jochen Esser von den Grünen hat es auf den Punkt gebracht: *„Seit Februar 2013 zu wissen, ich komme unter 16,3 Millionen Euro nicht weg ... und trotzdem 12,3 Millionen (in den Haushaltsplan) einzutragen, ist ein ziemliches Bubenstück. ... Das wird auch nicht dadurch geadelt, dass es sich um eine Schule handelt. ... Das ist die Erpressernummer, die man sich da zunutze macht, dass man sich überlegt: Wer wird denn etwas gegen die armen Kinder haben?“*

Und nicht nur die Opposition hat das deutlich gegeißelt. Torsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat zu Protokoll gegeben, dass es sich um einen Gesetzesverstoß handelt. Seine Fraktion hat der Entsperrung der Mittel lediglich zuge-

stimmt, weil es eine Koalition-Verabredung dazu gab. An der Vorlage des Bezirksamtes hat auch er kein gutes Haar gelassen: *„Irgendwann ist ein Punkt erreicht, an dem man den Gesetzgeber nicht mehr veräppeln sollte, und mein Punkt ist hier eigentlich schon überschritten. Wir haben aber eine Verabredung, und das hat einen höheren Wert – be- dauerlicherweise.“*

Selbst Ihr Parteifreund Michael Freiberg konstatiert am Ende: *„Ich unterstelle viel Gutes an dieser Stelle, und deswegen würden wir dem gern zustimmen. Je länger wir hier diskutieren, desto mehr Fragen werden aufgeworfen. Das macht das nicht einfacher.“*

Sie sehen: Die letzten Endes positive Entscheidung des Ausschusses zur Vorlage war nicht das Ergebnis von Überzeugungsarbeit, sondern die Einhaltung einer Verabredung der Koalitionäre von SPD und CDU, trotz Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung eine schlampige Bezirksamts-Vorlage „durchkommen“ zu lassen. Man darf sich sicher sein, dass das ein Geschäft auf Gegenseitigkeit war.

Meine Fraktion muss sich diesem politischen Geschacher nicht anschließen. Daher haben wir uns in der Abstimmung zur Zustimmung zu dieser Vorlage enthalten. Ich habe in der Debatte schon ganz am Anfang gesagt: *„Meine Fraktion wird sich nicht gegen die Entsperrung von Mitteln für eine Schule sperren, weil die Plätze gebraucht werden – in Zukunft (erwarten) wir eine andere Qualität der Vorlagen, wenn es um solche Kostensteigerungen und Inhalt geht.“*

Und von Ihnen, Herr Gräff, erwarte ich eine adäquate Darstellung von Debatten. Am besten, Sie kommen selbst einmal zu den Ausschusssitzungen, von denen Sie berichten.

Zum Nachlesen der Zitate: Wortprotokoll der Hauptausschuss-Sitzung am 01. Oktober 2014, im Internet unter <http://www.parlament-berlin.de/ados/17/Haupt/protokoll/h17-066-wp.pdf>

Mit freundlichen Grüßen

Manuela Schmidt